Stadt Marktheidenfeld

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE 23. (SONDER-)SITZUNG DES STADTRATES

Sitzungsdatum:	Dienstag, 21.11.2023
Beginn:	19:00 Uhr
Ende:	21:02 Uhr
Ort:	im großen Sitzungssaal des Rathauses

ANWESENHEITSLISTE

Erster Bürgermeister

Stamm, Thomas

Mitglieder des Stadtrates

Adam, Helmut
Bernstein, Tobias
Carl, Michael
Harth, Martin
Hock, Klaus
Hörnig, Joachim
Hörnig, Wolfgang
Keller, Ludwig
Kutz, Caroline
Menig, Hermann
Oswald, Richard
Richter, Heinz
Riedmann, Mario
Riedmann, Susanne
Rinno, Susanne
Schneider, Renate
Seidel, Holger
Wagner, Burkhard
Wiesmann, Eva-Maria

Ortssprecher

Riedmann, Georg

Behindertenbeauftragter

Beutner, Lars

Seniorenbeauftragte

Dürr, Andrea

Schriftführer/in

Hanakam, Matthias

Verwaltung

Albert, Inge
Burk, Andreas
Herrmann, Christina

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Stadtrates

Haag, Ruth
Hoh, Florian
Hospes, Xena
Kempf, Bernhard
Menig, Christian

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

254 Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsentwurf 2024 **2023/0340**
Information

254.1 Stellungnahme der Fraktion der CSU

254.2 Stellungnahme der Fraktion proMAR

254.3 Stellungnahme der Fraktion der FW

254.4 Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

254.5 Stellungnahme der Fraktion der SPD

254.6 Dank des Ersten Bürgermeisters

255 Informationen

Erster Bürgermeister Thomas Stamm eröffnet um 19:00 Uhr die öffentliche 23. (Sonder-)Sitzung des Stadtrates. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

254 Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsentwurf 2024

254.1 Stellungnahme der Fraktion der CSU

Für die Fraktion der CSU nimmt Fraktionsvorsitzender Wolfgang Hörnig Stellung zum Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 wie folgt:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Ratskolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren der Verwaltung, Vertreter der Presse, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger.

Für die gute Zusammenarbeit, die Vorarbeiten und die Aufstellung des Haushaltes schon jetzt unser Dank an Sie, Frau Herrmann und alle Mitarbeitenden, die für das umfangreiche Zahlenwerk verantwortlich sind.

Sehr gute Zeiten, gute Zeiten, nicht mehr ganz so gute Zeiten. Wir denken, unter dem Titel „nicht mehr ganz so gute Zeiten“ muss man die Planung für den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt 2024 sowie die nächsten Jahre durch die Kämmerin sehen. Nicht mehr alles, was wünschenswert ist, wird sich in den nächsten Jahren erfüllen lassen.

Doch nun zum Haushalt 2024:
Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer und die auch dadurch notwendige Zuführung von 8,6 Millionen € zum Verwaltungshaushalt verdeutlichen die Situation. Allein eine Steigerung der Personalkosten im Vergleich der Jahre 2022 mit rund 11 Millionen und 2023 mit 13 Millionen auf jetzt im Ansatz 15,3 Millionen € zwingen uns, sowohl bei der Einnahmenseite wie auch bei der Ausgabenseite sicher zum Teil schmerzliche Maßnahmen zu ergreifen.

Wir sehen trotz der noch vorhandenen Rücklagen dringenden Handlungsbedarf um auch in den Folgejahren einen genehmigungsfähigen Haushalt aufstellen zu können.

Wir schlagen folgende Maßnahmen vor: Optimierung des Betreuungsschlüssels auf mindestens 9 zu Beginn eines Jahres in unseren städtischen Kitas, damit zunächst auf eine Erhöhung der Gebühren für die Kindergarten- und Krippenplätze verzichtet werden kann.

Man muss sich vor Augen halten und dies auch ansprechen, ohne Optimierung dieses Betreuungsschlüssels würde die Stadt Marktheidenfeld beim Betrieb ihrer Kitas fast 3,6 Mio. € Defizit verkraften müssen. Durch die Beteiligung des Freistaates Bayern von 100 € je Kind sind die Plätze in Marktheidenfeld für Eltern bis auf wenige Ausnahmen gebührenfrei. Hier bitten wir die Verwaltung um eine exakte Ausarbeitung und Erläuterung im Stadtrat, wie viele Eltern tatsächlich Gebühren zahlen. Dies bedarf genauer Betrachtung, da der genannte Zuschuss wohl einkommensabhängig ist und welche Faktoren hier noch eine Rolle spielen.

Der Stadtbus ist eine gut angenommene Einrichtung der Stadt. Hier bitten wir den Preis für die übertragbare Monatskarte von 10 € auf 20 € zu erhöhen.

Die Planungs- und Realisierungskosten für den neuen Friedhof in Höhe von ca. 200.000 € und die Planungskosten für das Alte Pfarrhaus in Höhe von 100.000 € bitten wir zu streichen. Beide Maßnahmen werden sich sicher in der nächsten Zukunft nicht umsetzen lassen.

Die Kosten für das Musikinstitut und der Stadtbibliothek (geplant für 2024 ein Minus von 550.000 € ohne AfA) sollen auf unter 500.000 € reduziert werden. Ansätze hierzu könnten sein: Kürzere Öffnungszeiten der Stadtbibliothek, Reduzierung beim Kauf von Musikinstrumenten, und keine Erweiterung der Angebote. Hierzu soll von den zuständigen Personen der Einrichtungen bis Anfang Februar ein Konzept erarbeitet und nach Genehmigung durch den Stadtrat umgesetzt werden.

Verkürzung der Öffnungszeiten der Ausstellungen im Franck-Haus (geplant für 2024 ein Minus von 193.810 €) nur noch auf die Tage Freitag, Samstag und Sonntag sowie Öffnung am Sonntag ab 13:00 Uhr. Durch diese Maßnahmen würden sich die wöchentlichen Öffnungszeiten um 11 Stunden verringern. Gleichzeitige Anpassung der Arbeitsstundenzahl der Beschäftigten im Franck-Haus so bald wie möglich. Zudem soll die Zahl der Ausstellungen ab dem Jahr 2025 verringert werden, bzw. auch keine gleichzeitigen Ausstellungen im vorderen und hinteren Bereich stattfinden. Die Investitionen in Vitrinen und Beleuchtung in Höhe von 65.000 € ist in 2024 zu streichen, da zurzeit nicht zwingend notwendig. Jeder Gast, Besucher und Nutzer lobt das tolle Haus schon jetzt.

Es ist zu prüfen, ob der Anstrich des Rathauses jetzt wirklich schon notwendig ist. Die Ansätze für 2024 aus dem Bereich Förderung von Jugendhilfe/Jugendhaus sollen reduziert werden. Der Zuschussbedarf, der sich in dieser Kostenstelle in den letzten Jahren ab 2019 immer im Bereich 190.000 – 210.000 € bewegt hat, steigt im Ansatz für 2024 auf 356.700 €. Dies kann so bei der sich abzeichnenden finanziellen Situation nicht hingenommen werden. Bei allem Verständnis, dass die Jugendarbeit wichtig ist und eine Investition für die Zukunft darstellt, bitten wir um Reduzierung auf einen maximalen Zuschussbedarf von 300.000 €.

Wir fordern die Reduzierung der Wahllokale in der Innenstadt von 9 auf 7 Wahllokale aufgrund des immer größer werdenden Anteils an Briefwählern. Hier ist bis Ende Februar ein Konzept durch die Verwaltung auszuarbeiten, das auch eine Entzerrung der jeweils zwei Wahllokale im Bereich Grundschule und FOS/BOS berücksichtigt. Gleichzeitig fordern wir die Minimierung der städtischen Beschäftigten zum Wahldienst auf das absolut Notwendige, um Freiraum für die Kerntätigkeiten zu schaffen. Diese Veränderungen sollten schon bei der Europa-Wahl 2024 greifen.

Im vorliegenden Haushaltsentwurf sind Kosten für Fortbildung in Höhe von 108.000 € enthalten. Wir bitten darauf zu achten, dass nur zwingend notwendige Schulungen besucht werden und darum, diesen Betrag in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Abteilungen auf maximal 75.000 € zu beschränken. Dies hat auch gleichzeitig den Nebeneffekt, dass Kosten für Dienstreisen entfallen und die Mitarbeiter für ihre Kernaufgaben zur Verfügung stehen.

In der heutigen Zeit ist ein Ausflug der städtischen Mitarbeiter in der regulären Arbeitszeit nicht mehr machbar. Allein die Kosten für den Arbeitsausfall belaufen sich auf ca. 60.000 €. Gern bezuschussen wir jedoch diesen Ausflug mit Bewirtungs- und Fahrtkosten in der bisherigen Höhe, allerdings in ihrer Freizeit.

Die Reinigung des Rathauses soll bitte zukünftig nur noch Montag, Mittwoch und Freitag stattfinden. Dienstag und Donnerstag sind regelmäßige Sitzungstage und da ist die gut gemeinte Arbeit nicht zielführend aufgrund der Nutzung des Treppenhauses und weiterer Räumlichkeiten.

Das Personal könnte gerne an diesen Tagen zum Beispiel in unseren Kitas eingesetzt werden, wo aktuell wohl Bedarf besteht.

Auch die Laurenzi Messe ist eine überaus beliebte Veranstaltung in der Stadt. Besonders bei der Ausarbeitung der neuen Verträge ist jedoch dringend darauf zu achten, dass der Stadtsäckel in Zukunft entlastet wird. Besonders unser Bauhof ist mit der Messe monatelang beschäftigt. Um hier, wenn auch nur eine kleine Entlastung zu ermöglichen, schlagen wir vor, z. B. die Freimarken am Kindernachmittag wie in früheren Zeiten durch Stadträte und nicht durch städtische Mitarbeiter verteilen zu lassen.

Um den kalkulierten Verkauf von Gewerbegrundstücken realisieren zu können, sind intensive Bemühungen notwendig. Dazu gehört auch das Aufstellen von großen Hinweistafeln, wie wir es bereits vor einem Jahr gefordert haben.

Nicht mehr ganz so gute Zeiten. Stolze 15 Millionen € Kreisumlage werden wir in 2024 an den Landkreis Main-Spessart überweisen. Wir sind gespannt, ob sich durch diese erneut hohe Summe endlich etwas für die Stadt Marktheidenfeld bei den Umsetzungen, wie zum Beispiel bei dem Neubau der Main-Spessart Halle, dem Baumhofquartier sowie Gymnasium und Realschule bewegen lässt. Die Kreistagsfraktionen müssten hierzu einfach zu ihren Ankündigungen stehen.

Wonnemar
Seit über 3 Jahren beschäftigt dieser Rechtsstreit die Verwaltung, den Stadtrat und Anwälte, wobei allerdings nach dem Urteil des Schiedsgerichts und vorgelagerter Instanzen alles klar erschienen ist. Wir hoffen, dass die Entscheidung des OLG jetzt endlich Klarheit gibt und wir das weitere Vorgehen wieder in den eigenen Händen haben. Dies wird sicherlich auch Auswirkungen auf unsere Finanzen in den nächsten Jahren haben.

In Marktheidenfeld haben wir in den letzten Jahren die Voraussetzungen für zusätzliche Flächen zur Wohnbebauung geschaffen, wie zum Beispiel Märzfeld und Ziegeleigelände. Wir hoffen allerdings, dass sich trotz der gestiegenen Baukosten viele entscheiden, diese Angebote zu nutzen. Ein langfristiger Genehmigungsprozess, der sich z. B. beim Märzfeld auf über vier Jahre erstreckt hat, verhinderte Verkauf und Bau in zins- und kostengünstigeren Zeiten.

Aber zurück zum aktuellen Haushaltsentwurf. Wie in der Sitzung des Finanzausschusses erläutert und dann in der letzten Sitzung des Stadtrates vorgestellt, steht die Stadt Marktheidenfeld für das Jahr 2024 vor einem Haushalt mit einem Gesamtvolumen von 89.108.331 €.

Wir gehen auch davon aus, dass sich Mittel im Bereich des Hochbaus einsparen lassen oder durch Verschiebung von Maßnahmen Freiräume für nicht geplante Projekte oder Plankostenüberschreitungen entstehen. Möglichkeiten sehen wir zum Beispiel durch:
- intensivere Überwachung der Baumaßnahmen hinsichtlich Termineinhaltung, auch gegenüber Planern und Architekten,
- rechtzeitige Versendung von Ausschreibungsunterlagen,
- Ausstattung der Objekte. Nicht alles was wünschenswert ist, ist auch eine Aufgabe der Grundversorgung.

Verschiebung und Aktualisierung folgender Maßnahmen
- Austausch der Hardware in Höhe von 105.000 €: Verteilung auf die Jahre 2024 und 2025
- Der Ansatz für Abbruch der ehemaligen Bücherei, Hausmeisterwohnung und Fahrradhalle kann gemäß der erfolgten Auftragsvergabe auf 200.000 € reduziert werden.
- Verschiebung der Straßenbaumaßnahme Forsthausstraße auf die Jahre 2026 und 2027. Zusätzlich wünschen wir uns eine Priorisierungsliste der Straßenbaumaßnahmen nach Dringlichkeit.
- Platzgestaltung Untertorstraße/Lohgraben: aufgrund der jetzigen Situation bitten wir um Streichung
- Sängerheim: Verschiebung der Erneuerung der Toiletten auf 2025 und vorher Klärung der Beteiligung an den Kosten durch die Nutzer.

- Obdachlosenunterkunft/Kauf mobiler Wohneinheiten: Aufgrund der zurzeit hohen Nachfrage und der damit verbundenen hohen Preise – Suche nach Alternativen bzw. Verschiebung auf 2025
- Bürgerhaus Oberwittbach: geplante Investition von 80.000 € erst nach Abklärung, wie die Nutzungsverhältnisse sind bzw. wer die Mieteinnahmen erhält, also Streichung noch für das Jahr 2024. Der Einbau eines Klimageräts ist nicht nur kostspielig, sondern würde auch die Energiekosten deutlich erhöhen.

Von der Bitte um die Aufnahme von Beträgen für weitere Maßnahmen wollen wir in diesem Jahr bewusst Abstand nehmen.
Allerdings möchten wir gern an folgende Wünsche erinnern:
- Intensive Bemühungen zur Realisierung eines Ärztehauses bzw. Ansiedlung von Fachärzten im Stadtgebiet mit einem vierteljährlichen Bericht über den Sachstand im Stadtrat
- Die Inseln der Kreisverkehre befinden sich nach wie vor in keinem, vorsichtig ausgedrückt, optimalem Zustand. Zu den bisher schon oft erwähnten Inseln gesellt sich nun auch noch die Insel im Gewerbegebiet Söllershöhe. Diese Kreisverkehre sind mit der erste Eindruck, den die Besucher unserer Stadt wahrnehmen. Diesen gilt es unbedingt zu verbessern. Wir fordern die Verwaltung auf, die Gestaltung an allen vier Kreisverkehren so schnell wie möglich zu planen und Vorschläge dem Stadtrat vorzulegen.

Es bleibt festzuhalten:
Die Stadt Marktheidenfeld steht aufgrund der hohen Rücklagen noch auf sicheren Füßen, aber es gilt nachhaltig und - wie bisher immer – überlegt zu handeln und zu investieren. Dafür, dass dies auch im abgelaufenen Jahr wieder so gehandhabt wurde, bedanken wir uns zuerst bei Ihnen, Herr Bürgermeister Stamm, dem Geschäftsleitenden Beamten Herrn Hanakam, Ihnen Frau Herrmann als Kämmerin, verbunden mit der Bitte diesen Dank an alle weiteren über 300 Beschäftigten der Stadt weiterzugeben, die sich zum Wohle Marktheidenfelds einsetzen.

Besonderer Dank den Firmen, die es durch Ihre Gewerbesteuerzahlungen und die Bereitstellung von Arbeitsplätzen erst ermöglichen, dass die Stadt Marktheidenfeld nicht nur ihre Pflichtaufgaben, sondern auch die vielfältigen freiwilligen Leistungen erfüllen kann.

Meinen weiteren Dank an alle Ehrenamtlichen, die sich in Beiräten, Vereinen und Hilfsorganisationen einbringen und somit viel kostbare Zeit für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger investieren.

Diesen unverzichtbaren Helfern vielen Dank und Ihnen allen Danke für die Aufmerksamkeit.“

254.2 Stellungnahme der Fraktion proMAR

Für die Fraktion proMAR nimmt Fraktionsvorsitzender Heinz Richter Stellung zum Haushaltsentwurf 2024 wie folgt:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

wie schnell sich die Zeiten und Bedingungen ändern können, haben die vergangenen vier Jahre in vielerlei Hinsicht gezeigt. Pandemien, Grundrechte einschränkende Maßnahmen, ein zum Erliegen kommendes gesellschaftliches Leben, Kriege, Energieknappheit und Inflation sind nur einige der Beispiele.

1. Rückblick
Als Stadt Marktheidenfeld konnten wir uns selbst in diesen schwierigen Jahren auf stabile Einnahmen verlassen.

Aus diesen stabil sprudelnden Einnahmen wurde seitens der Stadt Marktheidenfeld stets aus dem Vollen geschöpft und nicht zuletzt in der vergangenen Wahlperiode zahlreiche kostenintensive Projekte angestoßen. Teilweise sind diese Projekte abgeschlossen, teilweise müssen wir uns auch zur Halbzeit dieser Wahlperiode immer noch mit ihnen beschäftigen.

ProMAR hat sich seit seiner Gründung als Bürgerinitiative für einen nachhaltigen und zurückhaltenden Umgang mit den städtischen Finanzen eingesetzt. Auch als Stadtratsfraktion haben wir diesen Weg in den vergangenen drei Jahren konsequent fortgesetzt. Hierzu verweisen wir auf unsere vorangegangen Haushaltsreden, in welchen wir trotz damals noch hoher Gewerbesteuerannahmen energisch die Gefahr der Verschlechterung der finanziellen Situation angemahnt hatten.

Wichtig war uns dabei jedoch, dass notwendige Investitionen in die Infrastruktur und damit in die Zukunft der Stadt nicht aufgeschoben, sondern zügig angegangen werden. Wenn schon der Landkreis nichts in Marktheidenfeld investiert, müssen wir eben im Rahmen unserer Möglichkeiten selbst schauen, die Attraktivität der Stadt so gut wie möglich zu erhalten und zu verbessern.

Kein Widerspruch ist es daher für uns – trotz aller Sparsamkeit – auch einige neue Projekte angestoßen und die zeitnahe Umsetzung angemahnt zu haben.

Zu nennen sind hier insbesondere der Spielplatz am Maradies, deren Ausbau zum Inklusions-Spielplatz wir durch Initiative unseres Fraktionsmitglieds Klaus Hock bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2022 angeregt hatten. Auch wenn das Projekt im Umfang doch etwas gewachsen ist, sind wir davon überzeugt, dass sich diese Investition für Kinder, Jugendliche und Familien auch in schwierigen Zeiten lohnt. Den Rotstift gerade hier anzusetzen wäre hingegen grundfalsch. Wir freuen uns daher auf die hoffentlich nicht allzulang in der Zukunft liegende Eröffnung einer wirklich tollen Attraktion für unsere Jüngsten.

Als zweites Projekt verweisen wir auf den Beschluss zur zeitnahen Gestaltung des Mainkais zwischen Biergarten und Alter Mainbrücke. Der Mainkai ist zweifellos die „Schokoladenseite“ unserer Stadt.

In unserer Stellungnahme zum Haushalt 2023 hatten wir die Kolleginnen und Kollegen Stadträte aufgefordert, dieses Thema trotz der großen Kontroversen um Mainkaiparkplatz und Baustraße auszudiskutieren und sodann einen Mehrheitsbeschluss zur Umsetzung zu fassen. Glücklicherweise ist dies, trotz des vergleichsweise kurzen Zeitraums seit den vergangenen Haushaltsberatungen, zwischenzeitlich gelungen; noch dazu unter positiver Berücksichtigung der wesentlichen unsererseits angeregten Eckpunkte.
Kann es hier trotz der Haushaltslage, wie erhofft, endlich zur Umsetzung kommen? Wir meinen: Ja. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt warten schon viel zu lang auf eine Verbesserung!

Wichtig ist dabei, dass im kommenden Jahr ein umsetzbarer Plan vorgelegt und erarbeitet wird. Soweit aus finanziellen Gründen notwendig und auf der anderen Seite bautechnisch möglich, kann die Umsetzung dann ja auf mehrere Haushaltsjahre verteilt werden. Frei nach der wirtschaftswissenschaftlichen Binsenweisheit „der Gewinn wird im Einkauf gemacht“ hatten wir schon in den vergangenen Jahren stets Wert darauf gelegt, dass bei der Planung und Ausführung insbesondere der Bauprojekte seitens des Bauamts ein besonderes Augenmerk auf die Kosteneffizienz bei Vergabe, Bauzeitenplanung und Auswahl der Materialien und Baufirmen gelegt wird. Dies gilt es dringend auch bei den beiden neu angestoßenen Projekten Maradies-Spielplatz und Mainkai zu berücksichtigen. In noch größerem Maße gilt dies für den geplanten Kindergartenneubau in der Ludwigstraße, dem Grundschulerweiterungsbau sowie den Straßenbauarbeiten.

Vor diesem Hintergrund waren wir guten Mutes, dass sich der Stadtrat zunächst – wie von unserem Fraktionsmitlied Florian Hoh vorgeschlagen – bzgl. der Ausschreibung einer Stelle für einen Umweltbeauftragen darauf verständigte, dass diese Stelle dergestalt ausgewiesen würde,

als dass ein Bautechniker gefunden wird, welcher neben den klassischen Umweltthemen auch zeitlich und fachlich dazu in der Lage und qualifiziert ist, die Bauprojekte so zu begleiten, dass eben kein Geld mehr in unnützen oder übertriebenen Positionen der Leistungsverzeichnisse versickert. Auch sollte angestrebt werden, Vergabeverfahren öfter durch die Stadtverwaltung selbst, statt – wie es leider aufgrund der hohen Auslastung des Bauamtes Usus geworden ist – durch beauftragte Architekten, Bauingenieure und sonstige Planer durchzuführen. Umso enttäuschender ist jedoch, dass sich der Stadtrat schlussendlich doch zur Ausschreibung eines reinen Umweltbeauftragten entschieden hat und wir somit weiterhin befürchten müssen, auf der Ausgabenseite einige Euros liegen zu lassen. Kompensationen durch üppig sprudelnde Einnahmen werden künftig ja wohl ersteinmal ausbleiben.

Die Hoffnung stirbt aber ja bekanntlich zuletzt, sodass zu hoffen bleibt, dass das Bauamt künftig auch in diesem Aspekt besser aufgestellt werden kann. Und vielleicht kann ja auch im Zuschnitt des Umweltbeauftragen – welcher zweifellos fachlich kompetent ist – noch etwas gemacht werden.

Ohne übertreiben zu wollen: mehr Geld wie bei den Bauausgaben können wir nirgends sparen. Finanzielle Debakel wie Feuerwehrwache, Säule II und andere dürfen sich keinesfalls wiederholen! Erneut müssen wir in diesem Zusammenhang aber auch entschieden die Frage in den Raum stellen, ob wirklich jedes Förderprogramm, das der Freistaat auslobt, von der Stadt in Anspruch genommen werden muss. So schön Förderungen auch sind, es darf nie vergessen werden, dass in der Regel neben den oft vorzustreckenden Fördermitteln auch erhebliche Eigenmittel bereitgestellt werden müssen, welche vielleicht an anderer Stelle ohne Förderung besser eingesetzt werden könnten. Weniger ist daher manchmal mehr.

Kritisch muss auch hinterfragt werden, ob die Beteiligung an allen möglichen Konzepten, wie GEK, INSEK bis hin zu kommunaler Wärmeplanung tatsächlich bis zum Letzten beauftragt und umgesetzt werden müssen. Wenn wir künftig gezwungen sein sollten, jeden Cent zweimal umzudrehen, gilt es sich auf die Kernaufgaben zu konzentrieren und sich nur dann auf die Kür zu verlegen, wenn hierzu wirklich ein Spielraum besteht. Schon gar nicht müssen wir in voreilendem Gehorsam der „großen“ Politik vorangehen. Besonnenheit ist vielmehr die Gunst der Stunde.

2. Haushaltslage

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie dem nun vorgelegten Entwurf für den Haushalt 2024 zu entnehmen ist, können wir gegenwärtig nicht damit rechnen, dass die Einnahmen weiterhin so sprudeln wie in der Vergangenheit.

Noch nicht einmal knapp zehn Millionen € zu erwartende Gewerbesteuereinnahmen sind ein herber Schlag für die Stadt. Dies umso mehr, als sich die Kreisumlage im kommenden Jahr aufgrund der enormen Gewerbesteuereinnahmen von vor zwei Jahren auf 15 Millionen € belaufen wird. Mehr Kreisumlage zahlen zu müssen, als neue Gewerbesteuern einzunehmen, ist ein Umstand, welcher wohl ziemlich einmalig in der Geschichte der Stadt sein dürfte.

Wahr ist jedoch auch, dass in den im Haushalt ausgewiesenen Rücklagen bereits seit Eingang der hohen Gewerbesteuern vor zwei Jahren genau dieser Betrag von 15 Millionen „schlummernd“ auf seine Überweisung nach Karlstadt wartet. Wenn wir ehrlich zu uns sind, waren die für Investitionen tatsächlich zur Verfügung stehenden Mittel also schon seit zwei Jahren, um genau diesen Betrag geringer als nominell ausgewiesen. Ebenso, wie sozusagen bereits durch die Ausweisung der Wonnemar-Kredite auf der Passivseite geschehen, wird somit nunmehr in gewisser Weise auch die Aktivseite des Haushalts bereinigt.

Bitter ist auch, dass wir aufgrund der bereits in diesem Jahr eingetrübten wirtschaftlichen Lage damit rechnen müssen, Gewerbesteuern an unsere Unternehmen zurückzahlen zu müssen. Hier werden sich höchst wahrscheinlich die gezahlten Vorauszahlungen als zu hoch angesetzt erweisen. Erschwerend kommt hinzu, dass wir die bereits entrichtete Kreisumlage aufgrund

eines – ehrlich gesagt nicht nachvollziehbaren – Gesetzes weder anteilig zurückerhalten, noch die zurückgezahlten Gewerbesteuern bei der Berechnung künftiger Kreisumlagen Berücksichtigung finden werden. Traurig aber war, wir zahlen im Ergebnis doppelt.

Die dieses Jahr erneut notwendige Zuführung von Mitteln aus dem Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt in Höhe von 8,6 Millionen € stellt somit weitestgehend einen Sondereffekt dar, welcher keinesfalls der Kämmerei im Sinne einer sorglosen Haushaltsführung zur Last gelegt werden kann. Ganz im Gegenteil zeichnet sich insbesondere die Amtsführung der Kämmerei durch ein hohes Maß an Seriosität und Gewissenhaftigkeit aus. Sorgen ob der gesamtwirtschaftlichen Lage und damit verbunden weniger werdenden Einnahmen sowie steigenden Kosten müssen wir uns dennoch machen. Um es in leicht abgewandelter Form mit Ernst-Wolfgang Böckenförde zu sagen: „Auch die Städte und Gemeinden leben von Voraussetzungen, die sie selbst nur bedingt garantieren können."

In Zeiten weltweit drohender und in Deutschland bereits bestehender Rezession kann es kaum verwundern, wenn die Prognosen gerade für die umsatzabhängigen Umsatzsteuern (von denen uns ein gewisser Anteil zufließt) sowie der gewinnabhängigen Gewerbesteuer deutlich nach unten korrigiert werden müssen.

Gleiches gilt für die Entwicklung unserer Gewerbegebiete. Ob wir die im Haushalt erwarteten Einnahmen aus Grundstücksverkäufen in Höhe von ca. acht Millionen € tatsächlich erzielen können, muss vor dem Hintergrund der eingebrochenen Baukonjunktur mit einem großen Fragezeichen versehen werden. Als Stadt und insbesondere als Stadtrat können wir auf diese angespannte gesamtwirtschaftliche Lage nur in sehr geringem Maße reagieren. Sie bricht vielmehr weit überwiegend über uns herein. Gleiches gilt jedoch bedauerlicherweise auch für immer neue Anforderungen, die uns die „große" Politik aus Brüssel, Berlin und München beschert. Immer neue Auflagen für das Bauwesen, Wirtschafts- und Arbeitsleben belasten eben nicht nur die Wirtschaft, sondern in hohem Maße auch die Kommunen.

Jede gesetzliche Verschärfung oder Neueinführung von Pflichten ist praktisch immer mit finanziellem Mehraufwand verbunden. Dieser wirkt sich nicht etwa nur in gestiegenen Baupreisen, sondern mittelbar auch in höherem Personalaufwand aus. Hinzu kommen Mehrkosten im Personalwesen, welche sich im kommenden Jahr alleine durch den neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVÖD) auf zehn Prozent belaufen werden. In absoluten Zahlen bedeutet dies knapp 1,5 Millionen € mehr auf dann 15 Millionen €. Kompensation? Fehlanzeige!

Nicht unerwähnt bleiben dürfen auch die in den vergangenen Jahren erfolgten Änderungen im Bereich des Kinderbetreuungs- und Schulwesens. So wünschenswert die Vereinbarung von Familie und Beruf auch sein mag, darf nicht übersehen werden, dass der gesetzliche Anspruch auf Kleinkindbetreuung und Nachmittagsbetreuung oder auch die vermeintliche Verbesserung des Betreuungsschlüssels der Kinderbetreuungseinrichtungen mit enormen Kosten für die Kommunen verbunden ist.

Die anhaltende und sich aktuell wieder verschärfende Migrationskrise kann in diesem Kontext nicht unerwähnt bleiben. Zwar sind wir als kreisangehörige Stadt glücklicherweise nicht in der Situation, selbst für die Organisation und Unterbringung der ankommenden Menschen sorgen und finanziell aufkommen zu müssen. Wie sich in den vergangen sieben Jahren und insbesondere nach Beginn des Ukraine-Krieges gezeigt hat, darf der Mehraufwand im Bürgerbüro und vor allem bei der Betreuung der ankommenden Kinder in den Betreuungseinrichtungen sowie für Integrationskurse der VHS nicht unterschätzt werden. Gerade im Falle der Flüchtlinge aus der Ukraine ergab sich ein erheblicher Betreuungsmehrbedarf in unseren Kindertageseinrichtungen, sodass die Kapazitätsgrenze erreicht wurde. Soweit einzelnen „heimischen" Familien daher kein Betreuungsplatz angeboten werden konnte, bitten wir um Verständnis. Wir hoffen hier künftig wieder allen einen Platz bieten zu können.

Wie es scheint, kommen aktuell jedoch wieder überwiegend heranwachsende junge Männer, sodass mit der aktuellen Entwicklung sich jedenfalls diese Mehrbelastung nicht weiter verschärfen dürfte.

Gleiches gilt aufgrund der bayernweit seit zwei Jahren um ca. sieben Prozent gesunkenen Geburtenrate. Mag dieser Umstand uns auch kurzfristig Entlastung schaffen, bleibt zu hoffen das wir künftig wieder mehr neue Erdenbürger in unserer Stadt willkommen heißen dürfen. An den Investitionen in die Kinderbetreuungseinrichtungen soll es dabei nicht scheitern! So sind hierzu im vorliegenden Haushaltsentwurf enorme Kosten für die Erweiterung der Kita Altfeld sowie der neu zu errichtenden Einrichtung in der Ludwigstraße vorgesehen. Gleiches gilt für die Erweiterung der Grundschule. Hohe, aber notwendige Investitionen!

Wie gesagt, der Einfluss der Stadt und der anderen Kommunen und letztlich auch der Landkreise ist auf diese Gegebenheiten gering. Die Lasten müssen aber diese und nicht die „große“ Politik tragen. Wir tun hier unser Bestes, um diese „von oben gegebenen“ Pflichtaufgaben zu erfüllen.

Um nochmals auf die Migrationskrise zurückzukommen: Ich glaube für alle Kolleginnen und Kollegen sprechen zu können, wenn ich betone, dass wir alle gewillt sind, Menschen in Not so gut, wie es geht, zu helfen und sie insbesondere auch in unserer Stadt willkommen zu heißen und menschenwürdig unterzubringen. Soweit sich jedoch im Rahmen der Verteilung der in unser Land gekommenen Menschen der Eindruck aufdrängt, dass die Lasten ungleichmäßig getragen werden sollen, muss durchaus die Frage erlaubt sein, wie der gesellschaftliche Zusammenhalt so noch lange aufrechterhalten werden kann.

Die Appelle an die nochmals zu erwähnende „große“ Politik, endlich Lösungen, statt ständiger Verschärfungen der Krisen herbeizuführen und so für eine Entlastung der Kommunen zu sorgen, scheinen bedauerlicher Weise weitestgehend im Nichts zu verpuffen.

Als Stadt Marktheidenfeld müssen wir schmerzhaft feststellen, dass aufgrund (un-)glücklicher Umstände, auf wundersame und geradezu zufällige Weise gerade in unserer Stadt leerstehende oder schnell verfügbar zu machende, kreiseigene Immobilien für Zwecke der mehr oder weniger dauerhaften Unterbringung nutzbar gemacht werden können, wohingegen in anderen Städten und Gemeinden schon die kurzfristige Unterbringung einer vergleichsweise geringen Zahl an Flüchtlingen unzumutbar sein soll. „Gut gebrüllt, Löwe“ möchte man diesen Städten zurufen.

Lange gut gehen kann dies jedoch auch in unserer Stadt nicht, weshalb der energische Appell an alle Verantwortlichen im Kreis ergehen muss, hier dringend Korrekturen vorzunehmen und eine faire Verteilung zu erreichen. Es kann schlicht und einfach nicht sein, dass wir Hädefelder nach der durch die Schließung des Krankenhauses massiv verschlechterten gesundheitlichen Versorgung nun, neben maroden weiterführenden Schulen, nicht nur eine große Brachfläche am ehemaligen Krankenhausgelände haben, sondern statt angemessener Kreisinvestitionen nun auch noch die Hauptlast der Migrationskrise weitestgehend alleine Schultern sollen. Der gemeinen Hädefelderin kann man dies ebenso wenig beibringen wie dem gemeinem Hädefelder! Populistische Wichtigtuerei nach dem St. Floriansprinzip kann jedoch eben auch nicht der Weg zum Ziel sein.

Vielfach gilt leider, die „große“ oder „kleinere“ Politik beschließt etwas und wir, die Kommunen, baden es aus. Vielleicht muss auch hier künftig über Zusammenschlüsse, wie den Städtetag, der Druck auf die „Großen“ massiv erhöht werden. Einsetzten sollten wir uns hierzu, letztlich zu unserem eigenen Wohl, dringend.

3. Konsequenzen und Ausblick

Welche Konsequenzen ziehen wir nun für das kommende Haushaltsjahr und die längerfristige Finanzplanung? Nun, die negative Prognose ist erst einmal äußerst Ernst zu nehmen. Ob es

wirklich so negativ kommt – wie befürchtet – wissen wir nicht. Die Herausforderungen bleiben, nicht zuletzt im Hinblick auf unsere nun hoffentlich wirklich bald wieder in städtischen Besitz gelangende Therme, groß.

Dennoch bringt es nichts, in akuten Aktionismus zu verfallen und im Kleinklein zu versuchen vermeintliche Einsparungen vorzunehmen oder Mehreinnahmen zu erzielen. Diese bewirken vielmehr gerade im ersten Schritt meist das Gegenteil.
Wenn wir künftig jedoch in weit höherem Maße auf Kostenneutralität und eine höhere Deckung der Kosten unserer städtischen Einrichtungen setzen müssen, ist dies am Ende nur der Weg, den viele andere Kommunen bereits vor uns gegangen sind.
Luxus, wie beispielsweise weit unter den staatlichen Vorgaben liegende Kinderbetreuungsschlüssel, müssen dabei ebenso auf den Prüfstand, wie massive Quersubventionierung von Friedhofs- und anderen Gebühren.
Wenn somit weitere Gebührenerhöhungen und vielleicht auch die maßvolle Anhebung der Hebesätze für Gewerbesteuer und Grundsteuer künftig kein Tabu mehr sein können, sollten wir hier aktuell dennoch keinesfalls überreagieren und schon gar nicht im kommenden Jahr etwas übers Knie brechen.
Wir haben noch Rücklagen, und Rücklagen sind dazu da, wirtschaftliche Krisenzeiten durchzustehen. Sinn und Zweck ist es hingegen gerade nicht, sie nach Art eines duck'schen „Geldspeichers" unangetastet zu lassen. Sollte sich die Befürchtung der nunmehr in der Finanzplanung eingepreisten sinkenden Einnahmen jedoch in einem Jahr bestätigen und tatsächlich eine erhebliche Kreditaufnahme notwendig werden, wird uns wohl schon die Rechtsaufsicht dazu zwingen, Anpassungen bei den Einnahmen vorzunehmen.

Bei den Ausgaben steht es der Stadt hingegen gut an, Angefangenes und Geplantes gut zu Ende zu bringen. Dabei ist in noch größerem Maße auf die Kosten zu achten. Neueinstellungen werden wir uns dabei künftig doppelt und dreifach durch den Kopf gehen lassen müssen. Kostensparende Umstrukturierungen müssen dabei ebenso vorab in Erwägung gezogen, ernsthaft geprüft und soweit möglich umgesetzt werden, wie etwaige Streichungen bei Neubesetzungen.

Die Fraktion von proMAR verzichtet dieses Jahr bewusst darauf, die Streichung einzelner Haushaltsansätze zu fordern. Dies schlicht und einfach, weil die Erfahrung zeigt, dass ein Aufschub notwendiger Investitionen schlussendlich die Kosten in der Zukunft nur erhöht und somit durch sie nichts gewonnen wird.

Im Bewusstsein, die bereits aktuell äußerst ausgelastete Verwaltung nicht weiter zu überfordern, erscheint auf der anderen Seite die Beantragung weiterer Haushaltsansätze für neue Projekte vor dem Hintergrund der fehlenden finanziellen Mittel in diesem Jahr als geradezu unseriös. Wir können sicherlich froh sein, wenn wir all das Geplante einigermaßen erfolgreich umgesetzt bekommen.

Schlussendlich gilt jedoch auch für 2024, dass der Haushalt nun mal ist, was er ist: ein völlig unsicherer Blick in die Glaskugel. Ebenso, wie uns der Blick in selbige dieses Jahr eine düstere Lage vorhersagt, kann sich der Blick auch wieder ändern. Nach wie vor können wir immerhin froh und stolz sein, dass in Marktheidenfeld Vollbeschäftigung herrscht und von einem Stellenabbau, trotz vereinzelter Kurzarbeit, keine Rede sein kann. Es bleibt daher die begründete Hoffnung bestehen, dass bei wieder anspringender Konjunktur auch die Umsätze unserer Unternehmen und im Ergebnis auch unsere Steuern wieder steigen.

4. Dank

Der Dank für die Standorttreue und die für die Stadt Marktheidenfeld so wichtige Bereitstellung von zahllosen Arbeitsplätzen gilt daher ausdrücklich unseren Unternehmerinnen und Unternehmern. Sie sind und bleiben das Rückgrat unserer Stadt.

Zu guter Letzt bedanke ich mich im Namen unserer Fraktion bei allen Mitarbeitern der Stadt Marktheidenfeld, den vielen in verschiedensten Bereichen ehrenamtlich Tätigen sowie allen, die

sich für unsere Stadt und das Umland auf welche Weise auch immer einsetzen, für ihr großes Engagement!“

254.3 Stellungnahme der Fraktion der FW

Für die Fraktion der Freien Wähler spricht Fraktionsvorsitzender Burkhart Wagner und nimmt Stellung zum Haushaltsentwurf 2024 wie folgt:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Ratskolleginnen und -kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, geschätzte Vertreter der Verwaltung und der Presse!

„Marktheidenfeld – da geht’s Dir gut!“
Dieser Slogan hat uns längere Zeit begleitet und steht im wahrsten Sinne des Wortes für die Rahmenbedingungen und die Lebensqualität in unserer Stadt. Von den Vorrednern wurden verschiedene politische Herausforderungen angesprochen. Diese Geschehnisse haben zweifelsfrei Auswirkungen auf unsere Stadt und unser politische Wirken. Einen unmittelbaren Einfluss auf diese Abläufe haben wir jedoch nicht, sondern uns obliegt es, mit diesen Entwicklungen bestmöglich für unsere Stadt umzugehen.

„Marktheidenfeld – da geht’s Dir gut!“
Diese Aussage beruht nach wie vor auch auf unseren diversen Einnahmequellen. Sicher sind wir hier auch konjunkturabhängig, jedoch können wir feststellen, dass wir auch weiterhin in der Lage sind, unsere Pflichtaufgaben gut zu erfüllen. Hierfür gilt es allen Beteiligten unseren ausdrücklichen Dank aussprechen.

Auch wird durchgängig stets das gemeinnützige Engagement verbal gewürdigt. Hier ist im Hinblick auf die entsprechenden Haushaltsansätze jeder einzelne € sinnvoll und gerechtfertigt. Die verschiedensten Vereine, Einrichtungen und Institutionen sind wesentliche Träger unserer Gesellschaft und das überwiegend im Ehrenamt. Die gesellschaftlichen Veränderungen und Herausforderungen sind jedoch nicht ausschließlich hierüber zu bewältigen, sondern vielmehr bedarf es hier der aktiven und handelnden Unterstützung. Hierzu später mehr!

Die Haushaltsberatungen sind ein wesentlicher Auftrag und die bedeutendste Maßnahme unserer Stadtratstätigkeit. Wir als Freie Wähler stehen für eine solide, nachhaltige Finanzpolitik zum Wohle unserer Bürger. Das bedeutet, dass wir bei den städtischen Ausgaben nach wie vor sehr genau prüfen und abwägen müssen, wie wir die Ausgaben – gerade bei längerfristigen Bauprojekten – kontrollieren können. Ganz sicher müssen wir Prioritäten setzen und Wünschenswertes ggf. aufschieben – weil wir an unsere Bürger denken! Nicht nur Gebührenerhöhungen sind das Gebot der Stunde, sondern auch Sparmaßnahmen, auch wenn es schwerfällt.

Nachfolgend nehmen wir zu verschiedenen Themenbereichen differenziert Stellung:

Personal
Erfreulicherweise hat sich die Situation hinsichtlich der Personalakquise entspannt und unsere Stadt wird als attraktiver Arbeitgeber erkannt. Als besonders sinnhaft betrachten wir die Schaffung von Ausbildungsplätzen in den verschiedensten Abteilungen. Leider müssen wir erneut auf unseren Antrag zum Thema Job-Rad aus den Haushaltsberatungen aus 2022 verweisen. Die fehlende Umsetzung dieser Tarifvereinbarung ist nicht mehr länger nachvollziehbar.

Soziale Stadt/Bildungseinrichtungen/Jugendarbeit und -förderung
Hier beantragen wir die Schaffung einer Stelle eines Streetworkers bzw. Sozialarbeiters im Sinne der aufsuchenden sozialen Arbeit mit den Schwerpunkten Kinder, Jugendliche, Familien und Neubürger. Wir sehen hier einen notwendigen Tätigkeitsschwerpunkt und eine Verbindungsstelle zu Vereinen und Behörden sowie unserem Familienstützpunkt. Wie uns allen bedauerlicher-

weise bekannt ist, gibt es immer wieder Gewaltdelikte in verschiedensten Settings. Unseres Erachtens erscheint es sinnvoll, hier den Austausch und die Zusammenarbeit mit unserer Nachbarstadt Lohr zu suchen, um eventuell eine übergreifende Stelle zu schaffen. Denn auch dort wird die Schaffung einer solchen Stelle als wichtiger Baustein einer präventiven Arbeit für und mit jungen Menschen erachtet. Die Notwendigkeiten und die Bedürfnisse entsprechender Personengruppen können nicht alleine durch ehrenamtliche Arbeit bewältigt werden.

Ein unumgänglicher Schwerpunkt wird in den nächsten Jahren auf der Ertüchtigung und dem Neubau von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen liegen. Unsere Grundschule bedarf einer Erweiterung, die Mittelschule steht kurz vor dem Beginn der Sanierung und Ergänzung der Gebäude, zwei Kindertagesstätten müssen errichtet werden und der Betrieb unseres Schwimmbades wird uns vor allem finanziell erheblich herausfordern. Die notwendigen Investitionskosten werden unsere Rücklagen aufbrauchen. Das bedeutet im Ergebnis, dass wir uns andere sehr kostenintensive Projekte aktuell nur schwer vorstellen können. Hier wiederholen wir erneut den Grundsatz für Planung und Umsetzung: Notwendiges statt Wünschenswertem.

Eine Verbesserungsmöglichkeit ohne besonderen finanziellen Aufwand möchten wir zur Diskussion stellen. Es ist beobachtbar, dass sich die Bedürfnisse und Vorstellungen von Heiratswilligen verändert haben. Nicht alle Paare wünschen sich neben der standesamtlichen auch eine konfessionelle Vermählung. Nachdem es in unserer Stadt aktuell nur eine begrenzte Räumlichkeit gibt, treten hier für einige Hochzeitspaare räumliche Probleme auf. Da der Trausaal im Franck-Haus nur Platz für ca. 25 Personen bietet, können einige Gäste der direkten standesamtlichen Trauung nur am Rande beiwohnen. Wir bitten deshalb um Prüfung, ob es andere größere Räumlichkeiten oder sogar die Option im Freien gibt, um Trauungen durchzuführen.

Nachdem die beiden Aussegnungshallen in der Kernstadt und im Stadtteil Altfeld umgestaltet wurden, stehen nun Ertüchtigungen und die Herstellung von barrierearmen Nutzungsmöglichkeiten in den Stadtteilen Glasofen und Zimmern an. Die Wege sind hier entsprechend zu gestalten, vorhandene Handläufe durchgehend zu erweitern und weitere anzubringen. Weiter als zwingend notwendig erachten wir die Installation von Ruhebänken und auch Sonnenschutz. Die Bepflanzung mit Bäumen ist hier als vorrangige und geeignete Maßnahme zu betrachten.

Infrastruktur/ÖPNV
Erfreulicherweise ist es uns gelungen, dass zunehmend mehr Bushaltestellen barrierearm ausgebaut wurden. Leider haben wir noch keine Rückmeldung zur Haltestelle „Am Graben“ im Stadtteil Altfeld. Gut erkennbar sind aktuell viele Maßnahmen im Straßen- und Kanalbau sowie der Schaffung von digitalen Infrastrukturmaßnahmen. Diese behindern zuweilen unseren Alltag, jedoch erachten wir diese als dringend notwendig.

Ergänzend hierzu beantragen wir nach Abschluss der Baumaßnahmen in der Würzburger Straße die Umkehr der Einbahnregelung in der Friedenstraße. Dieses Teilstück wird sehr stark von Kindern und Jugendlichen als Schulweg genutzt, hier gilt es die Sicherheit dieser Personengruppe besonders zu beachten.

Stadtentwicklung/Umwelt
In diesem Bereich sehen wir weiterhin akuten und notwendigen Handlungsbedarf. Das Thema Klimawandel ist sicher eine globale Herausforderung und ist unumstritten und wissenschaftlich eindeutig bewiesen. Es wäre hier ein Leichtes und auf die Landes-, Bundes- und Europapolitik zu verweisen. Doch sehen wir auch für unsere Stadt eine der großen Herausforderungen für die Zukunft. Die allseits bekannten negativen Begleiterscheinungen (extreme Trockenheit, Wasserknappheit, Hitze-/Dürreperioden, Überhitzung der Innenstädte, Hitzetote, das Waldsterben allgemein und das Baumsterben in der Stadt, Artenverlust, Extremereignisse der Witterung (Niederschlag, Stürme), Bodenerosion, etc.) verursachen schon heute massive Schäden bei Menschen und an der Natur und somit unser aller Lebensgrundlage. Diese Schäden müssen bewiesenermaßen schon heute durch einen hohen finanziellen Aufwand behoben werden. Um

dieser negativen Entwicklung, welche auch unsere Stadt betrifft, entgegenzuwirken, sollten zeitnah entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.

Hier einige Beispiele: mehr Grün in die Stadt durch Baumpflanzungen, Schaffung von zusätzlichen Grünzonen, Häuserbegrünung, Entsiegelung von versiegelten Flächen, Schaffung von Retentionsflächen, mehr Zisternen, Wasserrückhalt in der Fläche, Anpflanzung von Hecken an intensiv genutzten Ackerflächen, Verbot von Schottergärten. Hier muss auch jede Kommune aktiv werden, durch gezielte Aufklärungsarbeit und auch finanzielle Anreize für unsere Bürgerschaft, dem Klimawandel entsprechend entgegenzuwirken, um die Lebens- und Aufenthaltsqualität in unserer Stadt für alle zu erhöhen und zu erhalten. Hier sehen wir den kreativen Ideen des städtischen Umweltbeirats und des Umweltbeauftragten keine Grenzen gesetzt.

Wir erwarten hier auch endlich die verpflichtende Umsetzung des Grünordnungsplanes im Gewerbegebiet Schlossfeld, wie auch im Umgriff der ehemaligen Interimshalle unserer Feuerwehr, welche einer anderen Nutzung zugeführt wurde. Wir beantragen auch hier die Einhaltung der Grünordnung und gärtnerische Gestaltung des Umfeldes. An den Ortseingängen wird gerne von „Portalsituationen“ gesprochen, das sehen wir hier eindeutig gegeben. Die aktuelle Gestaltung ist wenig einladend.

Im Bereich der Maradies-Seen beantragen wir die Errichtung einer Brauchwasserzisterne. Durch die Ausweitung der zu pflegenden Grünflächen und den erhöhten Bedarf an Brauchwasser für die Versorgung von Pflanzen und Bäumen sehen wir hier eine absolute Notwendigkeit. Einerseits bedingt durch Starkregen-Ereignisse aber auch durch längere Trockenphasen im Jahresverlauf erscheint diese Maßnahme nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch notwendig. Nach Aussagen unseres Bauhofes war zuletzt die Zisterne in der Bahnhofstraße trockengefallen und notwendige Bewässerungsmaßnahmen mussten auch mit Trinkwasser durchgeführt werden.

Eine sehr wichtige und notwendige Maßnahme erkennen wir in der Teilrenaturierung und dem Hochwasserschutz des Erlenbachs. Bereits in unserer letzten Stellungnahme zum Haushalt hatten wir ausdrücklich darauf hingewiesen. Durch die Starkregenereignisse und ausgelöste Schäden an Fronleichnam, vor allem in unseren Nachbargemeinden, sehen wir uns in der Notwendigkeit bestätigt. Erneut verweisen wir auf das Förderprogramm „Auf zu lebendigen Bächen“ der Regierung von Unterfranken, welches eine Förderung in Höhe von 90 % anbietet. Diese Maßnahme beziffern wir mit einer Gesamtsumme von 400.000 €. Aus dringlichen Gründen hat die Regierung von Unterfranken notwendigerweise erst kürzlich einen Erörterungstermin mit beteiligten Kommunen anberaumt. Unsere Verwaltung sollte hierzu informiert sein.

Energie

Auch wenn sich die durch den unsäglichen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelöste Energiekrise etwas abgeschwächt hat, sollte weiterhin aus ökonomischen aber auch aus ökologischen Gründen das Energiesparen für die Stadtverwaltung, aber auch für uns alle eine hohe Priorität genießen. Ein langfristiger Verzicht auf fossile Energieträger muss vorrangiges Ziel für unsere Energieversorgung der Zukunft sein. Teil dieser Maßnahmen beinhaltet das Ausarbeiten eines für Städte und Kommunen geforderten Konzeptes für die kommunale Wärmeversorgung der Zukunft. Hier muss die Stadtverwaltung aktiv bleiben und schon heute die entsprechende Vorarbeit für diese sinnvolle und notwendige Umgestaltung der kommunalen Energieversorgung leisten. Zuständigkeiten müssen klar definiert werden.

Denkbar ist für uns auch, bspw. für Windkraftanlagen die Gründung von Bürgergenossenschaften anzuregen bzw. zu fördern, um dadurch die Akzeptanz für diese Art der Energiegewinnung zu erhöhen. Neben unseren wiederholten Anträgen hinsichtlich der Ausstattung von städtischen und öffentlichen Gebäuden mit PV-Anlagen (z. B. alte TV-Turnhalle, ehem. Landwirtschaftsschule, Fränkisches Haus etc.) beantragen wir die Überarbeitung der städtischen Sanierungssatzung im Sanierungsgebiet Altstadt. Wir sehen keinerlei Notwendigkeit bzw. Rechtfertigung,

den Eigentümern in diesem Gebiet die Nutzung erneuerbarer Energien zu erschweren oder zu verhindern.

In den letzten Jahren wurden seitens der Stadt erhebliche Investitionen in die Errichtung von Neubauten, in Bestandsgebäude sowie in den Ankauf von historischen Gebäuden getätigt. Der Unterhalt und der Betrieb lösen jedoch nicht unerhebliche Kosten für den städtischen Haushalt aus. Aus diesem Blickwinkel darf ich überleiten zum Themenbereich

Finanzen.
Als Freie Wähler sehen wir unsere Kommune als Leistungsträgerin für unsere Bürgerinnen und Bürger. Damit das auch künftig auf gesicherter finanzieller Grundlage möglich ist, bedarf es einer sorgsamen Überwachung der Entwicklung im Bereich unserer zahlreichen Groß-/Bauprojekte (Grund- und Mittelschule, Kitas, Straßen und Kanalbau). Hier erwarten wir nach wie vor eine die Projekte begleitende und auf die Zukunft ausgerichtete indexierte Übersicht der Kostenentwicklung, um möglichst frühzeitig auf Fehlentwicklungen reagieren zu können.

Gerade für unser Schwimmbad sehen wir, nach über dreijähriger Schließung und gerichtlichen Auseinandersetzungen, die Pflicht gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern, dass wir als Stadtrat zusammen mit der Verwaltung – sobald als möglich – Ideen und Pläne anschieben und öffentlich darlegen, wie das Bad künftig organisatorisch, baulich und damit natürlich auch finanziell ausgestattet werden muss, um wieder ein Bad für unsere Bürgerinnen und Bürger zu sein. Wir müssen unseren Mitbürgern auch ganz offen und klar kommunizieren, welche finanziellen Belastungen uns bevorstehen.

Notwendigerweise haben wir durch entsprechende Beschlüsse verschiedene Gebühren bei kommunalen Dienstleistungen und Pflichtaufgaben angepasst. Hier gilt es auch weiterhin wachsam die weitere Entwicklung zu beobachten. Jedoch gilt es auch hier alle Einnahmequellen zu untersuchen, und deshalb stehen wir einer intensiven Betrachtung und Abwägung hinsichtlich einer Anpassung von Hebesätzen der Gewerbesteuer nicht ablehnend gegenüber.

Besonders kritisch sehen wir die Entwicklung der Ausgaben im Bereich Stadtmarketing, Kultur und Tourismus. Sicher ist es wünschenswert, dass unsere Stadt durch Aktionen und Events den Alltag und das Zusammenleben bereichert. Jedoch müssen wir feststellen, dass das Wohlergehen unserer Stadt sich nicht vorrangig auf Gewinne und Einnahmen aus diesen Bereichen stützt.

Abschließend gilt unser Dank allen städtischen Bediensteten für ihr engagiertes Wirken. Unseren ausdrücklichen Dank richten wir an unsere Kämmerin, Frau Herrmann, mit ihrem Team, für die erneut sehr gute und umsichtige Zusammenstellung, Aufbereitung und Darstellung des städtischen Haushaltes für das Jahr 2024.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtratskolleginnen und -kollegen, auf ein gutes Miteinander zum Wohle unserer Stadt und in der Hoffnung, dass es uns weiterhin in Marktheidenfeld gut gehen möge!“

254.4 Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN spricht Stadträtin Eva-Maria Wiesmann und nimmt Stellung zum Haushaltsentwurf 2024 wie folgt:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Vertreter und Vertreterinnen der Stadtverwaltung und Presse, liebe Stadtratskolleginnen und -kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

es freut mich, dass ich für meine Fraktion Stellung zum eingebrachten Haushalt nehmen darf. Dem Dank meiner Vorredner schließe ich mich vollumfänglich an.

Auch kommendes Haushaltsjahr beschäftigen uns wieder viele Projekte, die bereits in den vergangenen Jahren auf der Agenda standen. So wird im Bereich Bildung und Familie viel getan. Wir erwarten eine innovative Erweiterung der Grundschule Marktheidenfeld sowie weitere dringend notwendige Maßnahmen im Bereich der Krippen und Kindertagesstätten. Auch an der Generalsanierung bzw. dem Neubau der Mittelschule Marktheidenfeld werden wir uns beteiligen. Das Gesamtvolumen von ca. 30 Millionen € dieser Projekte darf keinesfalls unterschätzt werden. Dennoch sind für uns gerade diese Investitionen im Bereich Bildung Grundstein vieler notwendigen Entwicklungen für die Zukunft unserer Stadt, weshalb wir uns diesen Herausforderungen stellen werden.

Auch bereits angeklungen sind die Themen Wonnemar, die anstehenden Straßensanierungen und die steigenden Personalkosten der Stadt. All diese Themen belasten den diesjährigen Haushalt wieder sehr. Die auftretende Problematik dabei: Nicht alle Kosten sind im Voraus abzuschätzen.
Grundsätzlich empfinden wir es als kritisch, dass viele der Anträge, die wir in den letzten Jahren stellten und denen auch zugestimmt wurde, bis heute noch nicht umgesetzt wurden. Dies betrifft nicht nur Anträge von Bündnis 90/Die Grünen, sondern auch Anträge der anderen Fraktionen. Daher scheint es teilweise wie eine Farce, Neues zu beantragen, während alte Forderungen noch nicht einmal angegangen wurden. Nichtsdestotrotz hoffen wir, dass Elemente unserer diesjährigen Haushaltsrede besser und zügiger umgesetzt werden können.

Daher wollen wir uns vorrangig auf „nur“ zwei Themen fokussieren, welche auch unsere Stadtratsarbeit während des ganzen Jahres bestimmen: eine Entscheidungsfindung, immer nach dem Kriterium der Nachhaltigkeit, und die Umsetzung unseres Radverkehrskonzepts. Themen, die nicht immer mit Kosten verbunden sind, aber mit einer Haltungsänderung und Veränderung der Betrachtungs-, bzw. Herangehensweise. Den Gegensatz zum Autoverkehr bilden FußgängerInnen, aber eben auch das Radfahren dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren. Wir forderten, dass die RadfahrerInnen im Verkehr unserer Stadt mehr berücksichtigt werden. Das Radwegekonzept bildete hier den Startschuss. Die Möglichkeit, auf das Auto zu verzichten und das Rad zu nutzen, bildet einen maßgeblichen Beitrag zu mehr Klimaschutz. Dies ist für viele MarktheidenfelderInnen nur möglich, wenn auch die Stadteile – insbesondere Altfeld – mit angebunden sind.

Zusätzlich zu einem Beitrag zum Klimaschutz ist unser Ziel, die Sicherheit der BürgerInnen maßgeblich zu erhöhen. Leider hat man in der Stadt Marktheidenfeld teilweise das Gefühl, dass hier nicht immer an einem Strang gezogen wird und viel sowie regelmäßig nachgearbeitet werden muss. In Arbeitskreisen, Beiräten und Ausschüssen entwickelte Ideen werden nicht immer proaktiv aufgenommen und weiterentwickelt. Nur häufiges Nachfragen einzelner Personen und immer wieder um Stellungnahme bitten führt dazu, dass man Schritt für Schritt weiter vorankommt. Hier fehlt uns eindeutig eine Schwerpunktsetzung – auch von Seiten der Verwaltung. Wir wünschen uns eine bessere Zusammenarbeit, auch mit engagierten BürgerInnen, anzustreben.

Daher ist uns wichtig, dass eine dauerhafte Begleitung, Bewertung und Weiterentwicklung des Radverkehrskonzeptes durch einen Arbeitskreis, bestehend aus Verwaltung, Mitgliedern des Kernarbeitskreises Radverkehr sowie der Polizei stattfindet. Auch wünschen wir uns eine begleitende Kommunikation des Radverkehrskonzeptes im Rahmen von Veröffentlichungen bzw. Veranstaltungen, um die Rechte und Pflichten für alle VerkehrsteilnehmerInnen mit dem Ziel einer sinnvollen gemeinsamen Nutzung des öffentlichen Verkehrsraums näher zu bringen.

Wir fordern die Umsetzung der bereits beschlossenen Maßnahmen, wobei das Geld nicht nur in ergänzende Verkehrsschilder, sondern auch in konkrete qualitative Verbesserungen fließen

muss. Es gibt außerdem noch einige Maßnahmen, die für eine erhöhte Verkehrssicherheit nicht motorisierter VerkehrsteilnehmerInnen sorgen.

Dazu gehören

- Furtmarkierungen in der Ulrich-Willer-Straße an den Einmündungen von Stauffenbergring und Gördelerring,
- Verbesserung Radwegeführung an der Kreuzung Luitpoldstraße/Baumhofstraße/Kolpingstraße,
- Verbesserung des Oberflächenbelags an der Heubrunnenstraße und in der Weiterführung nach der Unterführung entlang der Maradiesseen,
- Bordsteinabsenkungen an den Schulen in der Oberländerstraße zu den Fahrradständern und zur Sudetenstraße,
- Bordsteinabsenkung im Lohgraben am Radweg vom Südring,
- Reduzierung von Verkehrsströmen an bevorzugten Radrouten (bzw. den geplanten Hauptrouten nach dem Radverkehrskonzept) durch verkehrsrechtliche Anordnungen.

Erinnern möchten wir in diesem Zuge auch an die SB-Fahrradservicestationen am Fahrradweg am Main. Bereits letztes Jahr sollten diese umgesetzt werden. Wir wollen damit nicht warten, bis der Fuß- und Radweg am Mainkai getrennt wird, denn dann würde es noch recht lange dauern, bis die Stationen stehen. Stattdessen sollten Forderungen, denen auch zugestimmt wurde, zeitnah umgesetzt werden. Wenn wir damit warten, bis der Mainkai fertig saniert ist, dauert es wahrscheinlich noch bis zur nächsten Wahlperiode. Das wäre traurig und unnötig, da hier durch wenig Aufwand etwas für RadfahrerInnen getan werden kann.

Die Notwendigkeit der Energiewende steht außer Frage. Erinnern wollen wir auch hier erneut daran, dass die Stadt Marktheidenfeld endlich Eigeninitiative ergreifen und auf entsprechende Partner zugehen muss, um ein Netzwerk zu gründen, um mit mehreren Akteuren gemeinsam Handlungsmöglichkeiten auszuloten und zukunftsorientiert zu planen. Dies eben nicht nur immer reaktiv auf Einzelanfragen einzelner Unternehmen, sondern vorausschauend aktiv im Netzwerk der in Marktheidenfeld ansässigen Akteure. Windkraft, Photovoltaik, Batteriegroßspeicher und Abwärme werden die Themen der Zukunft bleiben. Wir begrüßen, dass die Stadt ihren Pflichten nachkommt, ein Konzept für eine Kommunale Wärmeplanung zu erarbeiten. Wir wollen auch hierbei eine aktive Rolle unserer Stadt.

Unter dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit fragen wir erneut nach dem 2013 erstellten Klimaschutzkonzept, welches alle fünf Jahre überprüft werden soll. Dies geschah bisher noch nicht. Wir feiern jetzt schon 10-jähriges! Herzlichen Glückwunsch, denn es ist immer noch aktuell. Durch neue Technologien und geänderte Sichtweisen finden sich bestimmt weitere Standorte, an denen Wind- und/oder Sonnenenergie gewonnen werden kann. Sowohl für Windkraftanlagen als auch für Photovoltaikanlagen und nun auch für Batteriegroßspeicher ließen sich gewiss noch geeignete Flächen finden. Dies soll eine erneute Erinnerung an unsere, bereits letztes Jahr gestellte, Forderung darstellen.

Ein weiteres Thema, welches nun mit Sicherheit in das Klimaschutzkonzept eingearbeitet würde, ist der Schutz unserer Stadt vor den Folgen des Klimawandels. 2013 stand dieser Aspekt noch nicht auf der Agenda, doch nun, zehn Jahre später, wird dieses Thema unsere Stadt noch genügend beschäftigen. Es ist eine vielseitige Angelegenheit, die sowohl Starkregenereignisse, als auch Hitzespots umfasst. Dementsprechend gibt es auch vielfältige Möglichkeiten, wie die Stadt handeln kann und muss. Wir möchten in unserer diesjährigen Haushaltsrede einen kleinen Einstieg in das Thema bieten, an dem wir die nächsten Jahre kräftig weiterarbeiten werden.

Uns ist klar, dass wir nicht alle Aufgaben auf einmal angehen können, doch uns ist wichtig, dass wir beginnen, die Folgen des Klimawandels auch in unserer Stadt wahrzunehmen und zu versuchen, uns bestmöglich davor zu schützen. Auch hier geht es uns in erster Linie um eine Haltungsänderung gegenüber einer Thematik, die Offenheit und Bewusstheit, sich mit dieser auseinandersetzen zu müssen.

Die zunehmenden Hitzeperioden aufgrund des Klimawandels werden künftig vor allem die Städte zu spüren bekommen. Um sich gegen die steigenden Temperaturen zu wappnen, müssen sie sich neu orientieren. Das heißt: neue, nachhaltige Kühlkonzepte für Gebäude sowie mehr Grünflächen und mehr Wasserstellen. Besonders in stark versiegelten Gebieten, wie beispielsweise unserer Innenstadt, kann sich die Hitze im Sommer lange halten und Pflanzen, Tiere und Menschen zunehmend beeinträchtigen. Daher beantragen wir einen oder zwei Trinkwasserbrunnen in der Altstadt Marktheidenfelds zu errichten, um unsere MitbürgerInnen und TouristInnen vor Überhitzung und Dehydrierung zu schützen. Dafür sollten 20.000 € in den Haushalt eingestellt werden.

Neben dem grundlegenden Thema des Klimaschutzes und der damit verbundenen nachhaltigen Entwicklung in vielen Bereichen blicken wir abschließend noch auf den Bereich der Migration. Die Thematik ist in Marktheidenfeld natürlich präsent: durch die GU, die Unterbringungen im ehemaligen Krankenhaus, die dezentralen Unterkünfte, die Herausforderungen und Chancen in den Kindergärten und Schulen. Wir wollen und müssen uns weiter dieser Thematik nähern, indem wir uns – aufgrund der guten Erfahrungen mit dem ehrenamtlichen Behinderten- und Seniorenbeauftragten – für einen Migrationsbeauftragten aussprechen. Sie/Er soll gemeinsam mit dem Sozialbeirat und darüber hinaus sich mit Fragestellungen dieser Thematik beschäftigen.
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

254.5 Stellungnahme der Fraktion der SPD

Für die Fraktion der SPD nimmt Fraktionsvorsitzender Hermann Menig Stellung zum Haushaltsentwurf 2024 wie folgt:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates, Vertreter der Verwaltung, der Presse und interessierte Zuhörer hier im Ratssaal.

Zunächst herzlichen Dank an Frau Herrmann, die trotz mannigfaltiger Aufgaben und Geschehnisse es schaffte, einen Haushaltsentwurf vorzulegen. Dank vorab auch schon mal an den Herrn Bürgermeister, der unsere Forderung nach Streckung des zeitlichen Ablaufs der Haushaltsberatungen (siehe auch Haushaltsrede vom 23.11.2021) bereits per Stadtratsbeschluss vor wenigen Wochen für die Haushaltsberatungen 2024 erfüllen konnte.

Ja, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, sieht man die zu Grunde liegenden Zahlen des Haushaltsentwurfes 2024, muss man zwangsläufig erkennen, dass die „fetten Jahre", auch in Marktheidenfeld, wohl Geschichte sind. Steigende Ausgaben und geringere Einnahmen zeigen im Ergebnis, dass auf Rücklagen der Stadt zurückgegriffen werden muss, um einen ausgeglichenen Haushalt zu gewährleisten.

Nach einem Haushalt des „Luftholens" für das Jahr 2023 muss nun 2024 ein Haushalt der Neuorientierung aufgrund der aktuellen, unerfreulichen Einnahmeentwicklung bei der Gewerbesteuer erfolgen.

Zielsetzung wird dabei die Konzentration auf Pflichtaufgaben, wie Schulen, Kitas oder Infrastruktur sein müssen. Die Zeit der „Leuchtturmprojekte" und großformatigen Konzepte ist zumindest zunächst vorüber. Dabei gilt es dennoch, Ruhe zu bewahren und nach Wegen zu suchen, das dauerhaft erhalten zu können, was die Stadt und ihre Stadtteile ausmacht.

Unsere derzeitige finanzielle Situation erlaubt es uns noch, Weichen für die künftige Finanzplanung zu stellen, ohne dass wir unmittelbar in „Schnappatmung" geraten müssten. Manches auf der Einnahmen- und Ausgabeseite ist aber mit nachhaltiger Betrachtung auf den Prüfstand zu stellen. Dazu sind wir mit Augenmaß bereit.

Die Orientierung in diesem Jahr sollte dazu dienen, sich im Klaren zu sein, dass man Begonnenes fortführen und zu Ende bringen muss. Neue Projekte sollten nicht begonnen werden, bevor andere, ältere, in Planung befindliche, immer kostenintensiver werdende Vorhaben auf der Zielgeraden sind. Es macht doch keinen Sinn, immer neue Machbarkeitsstudien und Planungen mit hohen Kosten in Auftrag zu geben und neue Dinge anzuschieben, die vielleicht erst in Jahren realisiert werden können. Wir schlagen hier – wiederholt – vor, eine Prioritätenliste zu diskutieren und diese jährlich fortzuschreiben.

Im aktuellen Haushaltsplan zeigen sich die Beteiligungen an der Umsatz- und Einkommenssteuer mit gut 11 Millionen € als relativ verlässliche Einnahme. Eine erwartete Gewerbesteuer von rund 9,5 Millionen fällt aber deutlich ernüchternd hinter die gewohnten Zahlen aus den Vorjahren zurück. Es ist zu befürchten, dass diese Delle sich als länger anhaltend herausstellen könnte. Ausschlaggebend dafür sind nicht allein die gegenwärtig bescheidenden Konjunkturaussichten der Gesamtwirtschaft und einzelner Branchen. Vielmehr machen die bisweilen schwer nachvollziehbaren Möglichkeiten steuerrechtlicher Optimierungen, vor allem für Konzerne und Großunternehmen, die Gewerbesteuer zu einer schwierigen Grundlage kommunaler Finanzen. Trotzdem regen wir an, eine Anhebung des Hebesatzes der Gewerbesteuer um 20 oder 30 von Hundert in Erwägung zu ziehen.

Auch die Hebesätze der Grundsteuer könnten zur Diskussion für eine gemäßigte Anhebung gestellt werden. Hier fragen wir uns aber, ob der aktuelle Zeitpunkt dazu jetzt richtig ist? Die Auswirkungen der Reform der Grundsteuer sind gegenwärtig von vielen Bürgerinnen und Bürgern noch schwer abzuschätzen. Für die Städte und Gemeinden soll die Reform zu einem aufkommensgleichen Ergebnis führen, was aus heutiger Sicht wohl kaum abschließend zu beurteilen ist.

Personalausgaben von deutlich über 15 Millionen € lassen nicht nur auf den ersten Blick bei den Ausgaben des Verwaltungshaushalts aufhorchen. Aber bei fast 300 städtischen Beschäftigten in Voll- und Teilzeit finden sich im Stellenplan viele Positionen, die in vergleichbaren Städten in andere Bereiche, etwa in Stadtwerke, Trägerschaften oder ausgelagerte Dienstleistungsverträge verschoben sind. Sie zeigen sich häufig auf Dauer keineswegs als besonders kostengünstig. Sie schlagen sich lediglich nicht mehr unter den Personalkosten, sondern an anderer Stelle nieder.

Neben dem großen Bereich der Kitas weisen wir auf die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung hin oder auf den Bauhof, die Grünkolonne und die immer umfangreichere Hausmeisterei und Gebäudereinigung. Zur Aufstockung des Personals haben auch die Übernahme der Volkshochschule und die Gründung einer städtischen Musikschule beigetragen. Wir bekennen uns zu transparenten Personalkosten, die den Beschäftigten vernünftige, tarifgebundene Arbeitsverhältnisse im Öffentlichen Dienst garantieren. Kritisch könnte man nachfragen, ob Stellenmehrungen innerhalb der Kernverwaltung im Rathaus die versprochenen Effizienzgewinne erbringen konnten? Eine detaillierte Organisationsprüfung scheint uns nach wie vor dringlich, vor allem auch unter dem Aspekt der notwendigen Digitalisierung der Verwaltung.

Mit großem Unbehagen haben wir die Praxis der Verwaltung bei der Vergabe von Planungsleistungen, Machbarkeitsstudien oder Konzepten aufgenommen. Wir fordern dazu auf, nicht jede Kleinigkeit gleich an einen Planer zu vergeben und würden uns eine Rückkehr dazu wünschen, solche Dinge vorab mit dem Stadtrat abzusprechen oder zum Beschluss zu führen. Selbst kleinste Maßnahmen haben in jüngster Vergangenheit durch die Beteiligung von Planern zu völlig unerwarteten Kostenentwicklungen geführt. Wir erwarten, dass künftig in den Planungen Alternativen erarbeitet werden. Dabei könnten folgende Fragestellungen hilfreich sein:
1.) Was ist unabdingbar notwendig?
2.) Was scheint aus Sicht der Verwaltung sinnvoll?
3.) Was könnte wünschenswert sein?

Es macht in unseren Augen keinen Sinn, immer wieder völlig überzogene Ansprüche zu fördern. In diesem Zusammenhang fordern wir die Verwaltung dazu auf, Planer enger in ihren Vorstellungen zu führen und an die Absichten aus den Beschlüssen des Stadtrats zu erinnern. Um es klar zu sagen: „Wenn einer abhebt, muss man ihn eben schon vorab auf den Boden der Tatsachen zurückführen.“ Zu einer unabdingbaren Richtschnur muss dabei auch der Gedanke an den dauerhaften Erhalt und an die Folgekosten der Vorhaben werden.

Wir begrüßen den Kostenansatz für Probebohrungen zur Schaffung eines dritten Brunnens zur Sicherung der Trinkwasserversorgung aus dem Gewinnungsgebiet „Obereichholz“. Auch dies wird die Stadt, wie die Bürgerinnen und Bürger auch, finanziell fordern. Aber die Trinkwasserversorgung muss auf sichere Füße gestellt werden. Neben dem Brunnenbau wird auch die Absicherung eines entsprechenden Schutzgebietes, mit nach wie vor ungelösten Problemen, und die Frage der Reduzierung der hohen Nitratwerte, finanzielle Mittel erfordern.

Wir weisen in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass die Frage eines verbesserten Anschlusses des Gewinnungsgebiets an die Hochbehälter selbst rein planerisch unbeantwortet geblieben ist. Hohe Investitionen in das städtische Versorgungsnetz stehen wohl bevor, um die Trinkwasserversorgung nachhaltig zu sichern. Überdies war bislang der Bau eines neuen Gebäudes für das Wasserwerk im Gespräch.

Auch in Fragen der Abwasserentsorgung gilt es die rechtlichen Entwicklungen im Auge zu behalten. Die Einführung zusätzlicher Klärstufen etwa für Mikroplastik, Arzneimittelrückstände oder andere chemische Einträge werden fachlich bereits erörtert.

Dies alles führt uns zu folgender Anmerkung: Wenn wir uns über notwendige Gebührenerhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger an vielen Stellen unterhalten – und das werden wir wohl müssen – muss im Hintergrund mitbedacht werden, dass durch anstehende Neukalkulationen die Preise für Wasser und Abwasser vermutlich spürbar ansteigen könnten. Wir plädieren für das notwendige Augenmaß im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Wir hoffen schon in Kürze das einstige Wonnemar nach langer rechtlicher Auseinandersetzung in unsere städtische Verfügungsgewalt übertragen zu können. Wir begrüßen es, dass man unsere Handlungsfähigkeit im Haushaltsplan mit der Summe von 1 Million € unmittelbar herstellen will. Es gilt aber die Frage zu stellen, wie mit diesen Mitteln das neue Maradies wieder in Betrieb genommen werden kann. Es ist zu klären, in welcher Form, in welchem Umfang und in welcher zeitlichen Folge dies geschehen kann. Wir befürchten, dass dazu auch dauerhaft erhebliche finanzielle Mittel notwendig sein könnten. Dies gilt vor allem, wenn man auch einen energetisch nachhaltigen Betrieb der gesamten Anlage in Betracht zieht. Die Zeiten haben sich in dieser Hinsicht seit der Planung und Eröffnung deutlich verändert.

In Sachen Schule und Kinderbetreuung laufen uns die Zeit und damit verbunden auch die Kosten davon. Die Erweiterung der Friedrich-Fleischmann-Grundschule hat sich schon in der Planung als ein zeitlich langwieriger Prozess mit beträchtlichen Kostensteigerungen erwiesen. Es gilt hier nunmehr auf die Tube zu drücken. Nicht nur die Schulfamilie erwartet das. Ähnliches müssen wir bei der Verbandsschule am Maradies feststellen. Die dortige Sanierung und Erweiterung wird uns künftig mit deutlich erhöhten Umlagekosten finanziell belasten.

Was uns aber geradezu frustriert ist die Tatsache, dass wir mit dem Bau einer Kindertagesstätte in der Kernstadt seit der Einweihung der Kita Baumhofstraße im Jahr 2019 keinen Schritt vorangekommen sind und zu viel Zeit mit sinnlosen Diskussionen über Alternativen verloren haben. Wir fordern, dass möglichst umgehend die Voraussetzungen für ein Vergabeverfahren für die Planungen einer neuen Kita an der Ludwigstraße geschaffen werden. Die Zeit drängt!

Für die SPD-Fraktion bleibt der barrierefreie Ausbau der Innenstadt ein Projekt mit hoher Priorität. Größten Wert legen wir auf eine zeitnahe Umsetzung des Komfortstreifens auch in der

Obertorstraße. Dem wird dann die Neugestaltung des Marktplatzes möglichst unmittelbar folgen müssen.

Die Sanierung von Ortsstraßen mit den Ver- und Entsorgungsanlagen in der Kernstadt und den Stadtteilen zählt zu den fraglos unverzichtbaren Maßnahmen zum Erhalt der Infrastruktur. Wir begrüßen die entsprechenden Ansätze zur Planung. In welcher Folge die einzelnen Schritte dann umsetzbar sind, ist den finanziellen Gegebenheiten entsprechend zu klären. Wir weisen aber ausdrücklich darauf hin, dass auf die Planung für die Sudetenstraße/Gründleinstraße dann auch zügig eine Umsetzung folgen muss. Dort stehen wir bei den Anwohnerinnen und Anwohnern seit langem im Wort. Die dortigen Zustände nach Starkregenereignissen sind nicht hinnehmbar.

Eine angemessene Unterbringung von obdachlos gewordenen Menschen gehört zu den kommunalen Pflichtaufgaben. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang den Ansatz für zusätzliche Wohncontainer. Auf längere Frist wird man sich jedoch Gedanken um einen menschenwürdigen Ersatz für die bisherige Lösung im Bahnhofsgelände machen müssen.

Mit dem Kauf des Alten Pfarrhauses und des Pfarrgartens hat die Stadt einen wichtigen Schritt zur Sicherung historischer Substanz in der Altstadt gewagt. Es gilt nun mit diesem sicher kostenträchtigen Pfund zu wuchern und einen wichtigen Schritt zur Belebung zu machen. Vorrangig wird gegenwärtig eine anspruchsvolle planerische Debatte im Einklang mit den Erfordernissen des Denkmalschutzes sein. Es gilt zu klären, welche Funktionen zu welchen Kosten in welchen Teilschritten erreichbar sind. Gründlichkeit geht in unserem Sinn bei diesem Projekt vor schnellen Ergebnissen. Was nicht heißen soll, dass wir eine unendliche Geschichte im Blick hätten.

In der nächsten Stadtratssitzung werden wir uns auf unseren Antrag hin mit dem Thema der Dorferneuerung in unseren Stadtteilen befassen. Hierbei wird es nach einer beachtlichen Bilanz auch um eine Fortführung und Neubewertung gehen müssen. Das LEADER-Förderprogramm, von dem wesentliche Projekte der sechs Gemeinde-Entwicklungs-Konzepte profitierten, ist nahezu unbemerkt in eine neue Förderperiode mit veränderten Bedingungen überführt worden. Wir denken, dass es notwendig ist, im Kontakt mit dem Amt für Ländliche Entwicklung über die Fortführung noch ausstehender Vorhaben wie der einzelnen Konzepte zu sprechen.

Kritisch bleibt zu fragen, ob wir die erwünschten Belebungen der Altorte in den Stadtteilen erzielen konnten. Keinen wesentlichen Fortschritt sehen wir im Bemühen, Wohnbauflächen in den Altorten zu mobilisieren. Wir bedauern es, dass die Verwaltung auch nach Jahren noch keine Diskussionsgrundlage für ein einschlägiges Förderprogramm vorlegen konnte und fordern, die Ansätze aus dem Haushalt des Vorjahres fortzuschreiben.

Das Thema der künftigen Wärmeversorgung hat viele Diskussionen, Unwillen und Unsachlichkeit mit sich gebracht. Wir begrüßen es, eine kommunale Wärmeplanung frühzeitig, zumindest in ihrer Dimension, anzugehen. An erster Stelle gilt das auch für eine nachhaltige Wärmeversorgung städtischer Gebäude. In diesem Zusammenhang weisen wir vorrangig auf die bisherigen städtischen Wohngebäude mit gut 30 Wohneinheiten hin.

Zum Ende unserer Haushaltsrede für das Haushaltsjahr 2024 möchte ich noch erwähnen, dass es wünschenswert gewesen wäre, wenn aus der Haushaltsrede des Bürgermeisters Diskussionspunkte oder wenigstens eine gewisse Richtung in der Vorgehensweise für das kommende Haushaltsjahr hervorgegangen wären. Dies fehlte uns etwas. Wir hoffen natürlich, dass unser Bürgermeister die Erkenntnis gewonnen hat, dass die Erwartungshaltung an die Stadt, auch in punkto freiwillige Leistungen, nicht, wie in der Vergangenheit, immer höhergeschraubt wird.

Abschließend möchte ich namens meiner Fraktion allen danken, die in unserer Stadt ehrenamtlich für das Gemeinwohl tätig sind, insbesondere unseren Hilfs- und Rettungsdiensten sowie der Polizei, aber auch den Menschen, die sich im sozialen, kulturellen und kirchlichen Bereich

einbringen sowie in unseren Vereinen mitarbeiten. Dank auch den Mitwirkenden in den Beiräten und Arbeitskreisen. Einschließen in diesen Dank möchte ich ausdrücklich auch all jene, die unsere Arbeit mit konstruktiver Kritik anregend begleiten. Auch einen besonderen Dank an die Presse. Zu „guter Letzt“ meinen herzlichsten Dank auch Ihnen, Herr Bürgermeister, und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung sowie den Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates für die durchweg gute Zusammenarbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

254.6 Dank des Ersten Bürgermeisters

Erster Bürgermeister Stamm dankt den Fraktionssprechern für die Stellungnahmen und kündigt eine Beratung über die haushaltsrelevanten Anträge für die Sitzung am 05.12.2023 an. Er hält fest, er gehe von einer Verabschiedung des Haushalts 2024 in der Stadtratssitzung am 14.12.2023 aus.

255 Informationen

Der Vorsitzende spricht die Flüchtlingssituation und die ungleiche Verteilung im Landkreis in Bezug auf die Stadt Marktheidenfeld an. In der Stadt Marktheidenfeld stoße man an die Grenzen, so der Erste Bürgermeister. Er spricht von einer belastenden Situation und sieht das Landratsamt in der Pflicht, Veränderungen herbeizuführen.
Diverse unterstützende Aussagen aus dem Stadtrat schließen sich den Worten des Ersten Bürgermeister an.

Herr Stamm verweist auf das Konzert der städtischen Musikschule, morgen um 18:00 Uhr, im Pfarrjugendheim.

Erster Bürgermeister Thomas Stamm schließt um 21:02 Uhr die öffentliche 23. (Sonder-) Sitzung des Stadtrates.

Thomas Stamm Erster Bürgermeister	Matthias Hanakam Schriftführer/in